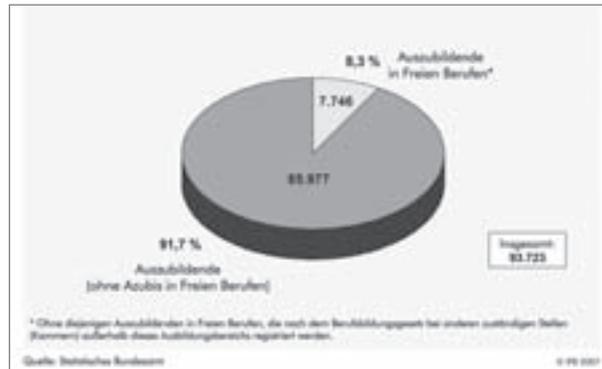


Verbände gegen Ausbildungsbonus

Mehr Ausbildungsverträge bei den Freien Berufen

Die Bundesregierung will mit einem Ausbildungsbonus bis zum Jahr 2010 rund 100 000 Altbewerbern helfen, doch noch zu einer Berufsausbildung zu kommen. Unternehmen soll ein Bonus von bis zu 6000 Euro für zusätzliche Ausbildungsplätze bezahlt werden bei Altbewerbern, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen oder bereits seit mehr als zwei Jahren einen Ausbildungsplatz suchen oder individuell benachteiligt sind.

Diese Kriterien erscheinen nach Auffassung fast aller Wirtschaftsverbände so weit gefasst, dass der Bonus praktisch für jeden Altbewerber gezahlt wird und so in großem Umfang ganz normale Ausbildung gefördert wird. Nach einer Presseinformation der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wären damit pro Jahr über 300 000 Jugendliche potenzielle Förderfälle. Laut BDA hatten von den 734 000 gemeldeten Ausbildungsbewerbern im vergangenen Jahr rund 85 Prozent maximal einen Realschulabschluss, rund 50 Pro-



Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag insgesamt sowie in Freien Berufen in Bayern (Stand: 1. Januar 2007).*

zent der Bewerber waren Altbewerber. Schon heute wird jeder zweite Ausbildungsvertrag mit Jugendlichen abgeschlossen, deren Schulabschluss ein Jahr oder länger zurückliegt und die zum Großteil Real- oder Hauptschüler sind. Dies aber schadet der Ausbildung, weil es zu Mitnahmeeffekten führt. Außerdem führt der Ausbildungsbonus den Einsatz derjenigen Un-

ternehmen ad absurdum, die sich in den vergangenen Jahren trotz wirtschaftlicher Probleme und ohne jeden Bonus im Nationalen Ausbildungspakt engagiert haben.

Aus diesen Gründen lehnt auch der Bundesverband der Freien Berufe (BFB), der im März 2007 dem Nationalen Ausbildungspakt der Wirtschaft mit der Bundesregierung beigetreten ist, den Ausbildungsbonus ab.

Offenes Ohr für die Sorgen der Freiberufler Bundesverband zu Gast bei Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Gruppenbild mit Kanzlerin: Arno Metzler, Dr. Fritz Kempter, Dr. Angela Merkel, Dr.-Ing. Volker Cornelius und Dr. Ulrich Oesingmann (v. li.).

Am 12. Februar 2008 war der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) zu Gast im Bundeskanzleramt. An dem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel nahmen BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingmann, aus dem BFB-Präsidium

Dr.-Ing. Volker Cornelius und Rechtsanwalt Dr. Fritz Kempter, der zugleich Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern ist, sowie BFB-Hauptgeschäftsführer Arno Metzler teil.

BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingmann erklärte: „Die Freien Berufe lehnen den Ausbildungsbonus aus ordnungspolitischen Gründen ab, denn die Neuauflage eines Zuschusses zur Ausbildungsvergütung ignoriert die negativen Erfahrungen, die insbesondere in den ostdeutschen Ländern in den vergangenen Jahren mit ähnlichen Programmen gemacht wurden. Letztlich wurde das Ziel solcher Programme, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht erreicht.“

Auch ohne Ausbildungsbonus ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bei den Freien Berufen sowohl im Bundesgebiet als auch in Bayern gestiegen. Darunter befinden sich auch knapp 7000 zusätzliche Ausbildungsplätze, die auch an Altbewerber vergeben wurden.

Auszug aus „Informationen“ des Verbandes Freier Berufe in Bayern e. V., Heft 2/2008

Im Internet sind unter www.freieberufe-bayern.de immer aktuelle Nachrichten aus dem Verband Freier Berufe in Bayern e. V. und seinen Mitgliedsverbänden zu finden. Der Newsletter des Verbandes kann auch als E-Mail abonniert werden.